

Extreme Phänomene im Landkreis Groß-Gerau

Bericht im Auftrag des Kreisausschusses

vorgelegt im Mai 2016 von Prof. Dr. Benno Hafener und Elisabeth Kula

Philipps-Universität Marburg

Institut für Erziehungswissenschaft/beratungsNetzwerk hessen

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	2
1. Dimensionen des Extremismus und Ausgangslage	3
1.1 Rechtsextremismus	3
1.2 Religiös motivierter Extremismus	4
2. Auftrag und methodisches Vorgehen	6
2.1 Auftrag.....	6
2.2 Methodisches Vorgehen	7
3. Ergebnisse.....	8
3.1 Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit.....	8
3.1.1 Diskriminierende Äußerungen/Alltagsrassismus	8
3.1.2 Politische Organisationen, Gruppen und Strukturen	12
3.1.3 Aktivitäten und Aktionsformen	13
3.1.4 Behördlicher Rassismus/Behördlicher Umgang mit Rechtsextremismus	17
3.1.5 Polizeiliche Kriminalstatistik.....	19
3.1.6 Interpretationsmuster der Befragten.....	19
4. Neues Phänomen: Rechtspopulismus/AfD	20
5. Religiös motivierter Extremismus	22
5.1 Problemwahrnehmung der Befragten	22
5.2 Vereinzelte Aktivitäten.....	22
5.3 Polizeiliche Kriminalstatistik.....	23
6. Interventionsstrategien, Bedarf und Handlungsempfehlungen	24
6.1 Bisherige Aktivitäten	24
6.2 Anregungen und Forderungen	26
6.3 Weitergehende Handlungsempfehlungen	27
7. Fazit	29
8. Literaturhinweise	30
9. Anhang.....	32

Vorwort

Der vorliegende Bericht wurde im Auftrag des Landkreises Groß-Gerau erstellt und in enger Zusammenarbeit zwischen der beauftragten Philipps-Universität Marburg/beratungsNetzwerk hessen – Prof. Dr. Benno Hafener (Institut für Erziehungswissenschaft) und Elisabeth Kula (B. A. Politikwissenschaft) – und dem Büro für Integration verfasst. Der Zeitraum für die Untersuchung und Erstellung des Berichtes umfasste - von Oktober 2015 bis Mai 2016 – insgesamt acht Monate und war dem Untersuchungsinteresse angemessen.

Das Vorhaben wurde von der Steuerungsgruppe des „Netzwerkes gegen Rechtsextremismus und Rassismus des Kreises Groß-Gerau“, die sich mehrmals getroffen hat, begleitet und beraten. Ihr gehörten an:

Elke Draxler – Fachdienstleitung Kreisjugendförderung/Jugendbildungswerk

Ivan Garofalo – Büro für Integration

Heinrich Krobbach – Leiter der Kreisvolkshochschule Groß-Gerau

Tobias Trautmann – Kreisjugendförderung/Jugendbildungswerk

Sedef Yildiz – Integrationsbeauftragte des Kreises Groß-Gerau

Die vorliegenden Ergebnisse basieren – als Expertenbefragung - auf einer qualitativen Interviewstudie und beziehen sich vor allem auf Jugendliche und junge Erwachsene. In der Tradition qualitativer Studien wurden haupt- und ehrenamtliche Expertinnen und Experten aus der Schule, außerschulischen Jugendarbeit/-bildung, Schulsozialarbeit, der Verwaltung und dem zivilgesellschaftlichen Ehrenamt nach ihren Beobachtungen, Erfahrungen und Kenntnissen von „extremen Phänomenen“ unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen befragt. Sie gelten mit ihren Kontakten und Zuständigkeiten, ihrem Wissen und ihren Kompetenzen als Fachleute für Jugendfragen und den Umgang mit der jungen Generation. Der Bericht erhebt nicht den Anspruch auf Repräsentativität (es ist keine quantitative Erhebung), sondern zielt als Expertenbefragung auf vertiefende Einblicke in Denk- und Handlungsweisen in Teilen der jungen Generation im Landkreis Groß-Gerau.

1. Dimensionen des Extremismus und Ausgangslage

Die Studie nimmt zwei Extremismen in den Blick – den „Extremismus von rechts“ und den „religiös motivierten Extremismus“. Zu diesen beiden Extremismen haben die Interviewten Auskunft und Hinweise gegeben, andere Extremismen wurden nicht genannt. Der Schwerpunkt lag im Bereich „Rechtsextremismus“; die vorgelegten ersten Hinweise zum religiös motivierten Extremismus wären vertiefend zu erfassen. Dabei müssten vor allem auch die muslimischen Vereine, Verbände und Moscheegemeinden einbezogen werden-

1.1 Rechtsextremismus

Rechtsextreme Phänomene haben in der Geschichte der Bundesrepublik eine lange Tradition; sie hatten und haben unterschiedliche Organisations- und Erscheinungsformen, formelle und informelle Gruppenzusammenhänge, Milieus und Bewegungen herausgebildet, die sich wiederholt gewandelt haben (Frindte u. a. 2016). Derzeit ist das rechtsextreme Lager in Parteien (NPD, Die Rechte, Der III. Weg), in Gruppen wie Kameradschaften, Autonome Nationalisten und in sog. Freien Kräften und Netzwerken organisiert. Weiter gibt es vielfältige Netzaktivitäten (Internet) – wie z. B. die Identitären bzw. identitäre Bewegung (IB) (Hafenecker 2014) - und eine „Erlebniswelt Rechtsextremismus“ mit Merkmalen bzw. niedrigschwelligen Angeboten wie Musik, Lifestyle, Events, informelle jugendkulturelle Szenen und Strukturen (Glaser/Pfeiffer 2013, Becker/Palloks 2013). Die Szene hat entwickelte Kontakt- und Kommunikationsstrukturen, sie ist vernetzt und aktionsorientiert; in ihr gibt es „Grauzonen“, Prozesse und Übergänge vom rechtsaffinen in den rechtsextremen, vom nicht-organisierten in den organisierten Bereich sowie differenzierte Einbindungs- und Radikalisierungsprozesse.

1.

Rechtsextremismus ist ein Sammelbegriff mit den beiden Dimensionen (Merkmalsebenen): Einstellungen und Verhalten. Auf der Einstellungsebene sind es Merkmale wie Ablehnung von Demokratie und Verfassungsstaat, Nationalismus/Chauvinismus, Fremden-/Ausländerfeindlichkeit, Sozialdarwinismus/Rassismus, Antisemitismus und Verharmlosung des Nationalsozialismus bis hin zu Vorstellungen einer rechtsautoritären Diktatur/eines

antidemokratischen und völkischen Staates. Auf der Verhaltensebene sind es Merkmale wie Wahlverhalten, Mitgliedschaft, Protest/Provokation, dann Militanz/Gewalt/Terror mit unterschiedlichen Formen (Stöss 2010, Decker u. a. 2014, Salzborn 2015).

2.

Das Konzept der „Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ macht ein erweitertes Angebot und orientiert sich am Zusammenhang einer „Ideologie der Ungleichheit bzw. Ungleichwertigkeit“ und „Gewaltaffinität“ (bis hin zum gewalttätigem Handeln) (Heitmeyer 2012, Zick/Klein 2014). Dabei werden insgesamt zwölf Facetten (oder Elemente) unterschieden, die wiederholt untersucht worden sind: Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Antiziganismus, Islamfeindlichkeit, Sexismus, Reklamation von Etabliertenvorrechten, Abwertung von wohnungslosen und behinderten Menschen, von Langzeitarbeitslosen, Asylsuchenden/Flüchtlingen (und hier vor allem muslimische Migranten/-innen) sowie Menschen mit homosexueller Orientierung.

Solche negativ wertenden (abwertenden) und feindseligen Einstellungen und Haltungen sind stark affektiv verankerte „Vorurteile“ und Stereotype, die in breiteren Teilen der Bevölkerung vorhanden sind und die u. a. als rechtspopulistische Orientierungen bis in die „Mitte der Gesellschaft“ reichen. Sie werten soziale Gruppen und Minderheiten generalisierend und stigmatisierend ab, unterstellen und weisen ihnen negative und abwertende Eigenschaften zu.

Weiter wird in der wissenschaftlichen Diskussion zwischen dem organisierten Rechtsextremismus, Rechtspopulismus und vielfältigen offenen und/oder latenten Diskriminierungsphänomenen bzw. Formen von Alltagsrassismus unterschieden.

1.2 Religiös motivierter Extremismus

Beim religiös motivierten Extremismus – auch Neosalafismus, Islamismus und in seiner extremen, militanten Form dschihadistischer Salafismus (radikalislamistischer Salafismus) genannt - geht es um eine Erscheinungsform, die seit einigen Jahren auch in der Bundesrepublik existiert. In der Heterogenität des Salafismus, der als religiöse Bewegung

kein monolithischer Block ist, gibt es unterschiedliche Strömungen mit Grauzonen und Übergängen (Scheiders 2014, HSK-Report 2016).

1.

Der Salafismus ist die in den letzten Jahren am schnellsten wachsende islamistische Bewegung und zugleich ein jugendkulturelles Phänomen mit eigener Musik, Sprache, Kleidung, eigenen Symbolen und Codes. Sie hat vor allem Zulauf von männlichen Jugendlichen, aber auch von Mädchen und jungen Frauen. Die neosalafistische Szene – d. h. ihre Prediger, Netzwerke, Internetpräsenz (Webseiten, Chats, Foren, Videokanälen), Infostände und Koranverteilaktionen „Lies!“ - spricht vor allem arabisch-muslimische Jugendliche und junge Erwachsene mit Migrationshintergrund (aber auch Konvertiten) in ihrer pubertären und adoleszenten Entwicklung, mit ihren Krisen, (negativen) Erfahrungen, Verunsicherungen und in ihrer Suche nach Orientierung und Identität an. Es sind Jugendliche, die hier geboren und aufgewachsen sind, die hier auf Suche nach Anerkennung, Zugehörigkeit, Integration und „Heimat“ sind (El-Gayar/Strunk 2014, Schröter 2016).

Die neosalafistische Szene fördert und fordert ein dualistisches Weltbild und eine rigide Lebensweise. Die Welt wird eingeteilt in „Wir und die Anderen“, „Gläubige und Ungläubige“, was erlaubt und nicht erlaubt ist. Im dschihadistisch geprägten Salafismus wird darüber hinaus Gewalt „zur Verteidigung des Islam“ und der „Kampf gegen die Ungläubigen“ gerechtfertigt bzw. offen gefordert. Diese Prozesse der Radikalisierung, in der die Religiosität – meist ohne religiöses Wissen, als „religiöse Analphabeten“ - in den Vordergrund rückt, können zu einem „dschihadistischen Lebensentwurf“ von Jugendlichen und jungen Erwachsenen führen (Said 2014, Manemann 2015, Steinberg 2015, Edler 2015).

2.

Während die „politischen Salafisten“ im Land bleiben und an der Missionierungsarbeit beteiligt sind, erfolgt der endgültige gesellschaftliche Ausstieg - als „dschihadistischer Salafismus“ - mit der „Ausreise“, als „Kämpfer“ in den sogenannten „heiligen Krieg“ nach Syrien oder in den Nordirak; oder er ist mit der Bereitschaft verbunden Gewalt- und Terrorakte zu begehen. Nach Angaben der Behörden sind bis Anfang 2016 etwa 800 Extremisten aus der Bundesrepublik – davon waren 130 aus Hessen - als „foreign fighters“ nach Syrien oder den Nordirak ausgereist, von denen etwa ein Drittel (aus Hessen waren es

etwa ein Viertel) zurückgekehrt sind. Die salafistische Szene umfasst in Hessen – und hier vor allem im Rhein-Main-Gebiet – nach den Behörden etwa 1.600 Personen, davon leben ein Viertel in Frankfurt/M. Das islamistische Personenpotential wird in Hessen von den Sicherheitsbehörden insgesamt auf ca. 6.300 geschätzt. In der Bundesrepublik gehört Südhessen mit einigen Kommunen (u. a. Offenbach) zu den Hochburgen der neosalafistischen Szene.

Für beide Extremismen gilt, dass sie - bei allen Unterschieden - eine menschenverachtende, demokratiefeindliche und die westliche Lebensweise verachtende Ideologie haben. Sie sind mit Blick auf biografische Prozesse mit einem jeweils individuellen Affinitätsaufbau, mit Einstiegs-, Verbleibs- und Radikalisierungsprozessen in die jeweilige Szene verbunden; auch die Distanzierungs-, Deradikalisierungs- und Ausstiegsprozesse aus der jeweiligen Szene folgen ähnlichen Mustern.

2. Auftrag und methodisches Vorgehen

2.1 Auftrag

Der Auftrag war, im Landkreis aktuelle Entwicklungen (Organisations- und Erscheinungsformen) zu erheben und ein Lagebild zu erstellen. Dabei sollten zwei Fragestellungen aufgenommen und Auskunft gegeben werden über:

- aktuelle Erscheinungsformen von Extremismen – hier Rechtsextremismus und den radikalen Salafismus. Beide verfolgen eine menschen- und demokratieverachtende Ideologie und von beiden gehen im Kontext von Radikalisierungsprozessen wiederholt Straf- und Gewalttaten aus. Dabei sollten nicht nur organisierte und verfestigte Formen der beiden Extremismen, sondern eine Vielzahl von Phänomenen und Beobachtungen im Bereich von – noch nicht verfestigten – Mentalitäten und Ressentiments, Äußerungsformen und Verhaltensweisen im Alltag (Gesellungsformen, Akteure, Aktionen, Sprache, Treffen, Auftreten/Veranstaltungen, Musik, Outfit/Kleidung, Symbole, Rituale, Flugblätter/Aufkleber u. a.) erfasst werden. Damit sollte auch in den Blick genommen werden, was als „religiös-fundamentalistische Orientierungen“ oder als „rechte Orientierungen“, rechtsaffine

Alltagskultur bzw. „Rechtsextremismus in der Mitte der Gesellschaft“ diskutiert wird (Decker/Kies/Brähler 2014, Zick/Klein 2014, Heitmeyer 2002-2012).

- Weiter sollte eine Bestandsaufnahme zeigen, welche Strategien, Angebote und Aktivitäten es gibt, die sich präventiv und/oder intervenierend mit den beiden Extremismen auseinandersetzen; dann sollten Hinweise für deren weitere Qualifizierung und Differenzierung erhoben und weitergehende Handlungsaufforderungen skizziert werden.

2.2 Methodisches Vorgehen

Gewählt wurde ein empirisch-qualitatives Erhebungsverfahren und die Daten wurden in zwei Schritten gewonnen:

1. In einem ersten Schritt wurden im Oktober/November 2015 alle Gemeinden und Städte, die zugehörige Jugendförderung sowie alle Schulen, freien Träger der Jugendarbeit, weiter die Schulsozialarbeit, die Vereine und Verbände, Kirchen, der DGB, Arbeit und Leben, der Arbeitskreis Antifaschismus sowie mehrere Migrant*innenorganisationen und Moscheegemeinden angeschrieben. Sie wurden über das Vorhaben informiert und gebeten, ihre Beobachtungen, Erfahrungen und Kenntnisse in ihrem Tätigkeitsfeld oder auch im lokalen Umfeld sowie ihren Umgang mit extremen Phänomenen kurz mitzuteilen. Insgesamt wurden ca. 600 Einrichtungen angeschrieben. Sie sollten zunächst nur kurze Hinweise geben und gefragt wurde, ob sie dann – bei vorliegenden Beobachtungen, Erfahrungen und Kenntnissen - zu einem Interview zur Verfügung stehen würden. Ebenso wurde die Polizei/der Staatsschutz in die Befragung einbezogen. Nach der Rückmeldefrist wurde noch mal an die Befragung erinnert, um möglichst viele Einrichtungen in das Vorhaben einbeziehen zu können.

Nach einem Rücklauf von 98 Trägern/Einrichtungen aus allen Kommunen des Landkreises kann konstatiert werden, dass mit 81 Rückmeldungen die überwiegende Zahl „keine Hinweise“ angegeben haben. Von den 17 Rückmeldungen mit kurzen und unterschiedlich akzentuierten Hinweisen waren 17 Personen zu einem Interview bereit.

2. In einem zweiten Schritt wurden 17 Interviews mit 23 Personen (bei sechs Interviews waren jeweils zwei Personen anwesend) geführt; dabei waren zehn von 14 Kommunen des Landkreises repräsentiert; weiter gab es ein Gespräch mit der Polizei/dem Staatsschutz und vom HLKA wurden Daten zur Verfügung gestellt. Die Interviewten kamen aus der Schule (Lehrer/-innen), waren Mitarbeiter/-innen aus der Jugendarbeit, Schulsozialarbeit, der Kreisverwaltung und aus Kommunen sowie aus der Zivilgesellschaft.

In den hier angewandten (problemzentrierten) Leitfadeninterviews – die offen waren für Nachfragen und weitere Anmerkungen – wurden im Sinne eines „offenen und vertraulichen Gespräches“ drei Themenbereiche angesprochen und gegebenenfalls vertieft und erweitert:

- Welche Ereignisse und/oder Vorfälle mit rechtsextremen (fremdenfeindlichen) und/oder religiös-extremen Hintergrund wurden wahrgenommen?
- Welche Interventions- und Präventionsstrategien wurden in der Auseinandersetzung mit Extremismen favorisiert und angewendet?
- Welche Bedarfe gibt es für eine qualifizierte Auseinandersetzung?

Die 17 Interviews wurden mit Tonband aufgezeichnet und transkribiert. Sie wurden dann anhand der Leitfragen kategorial bearbeitet und systematisiert. Dabei wurden alle Orts- und Eigennamen anonymisiert. Die im Text zitierten Interviewpassagen wurden – um eine bessere Lesbarkeit zu ermöglichen – leicht bearbeitet, ohne dabei den Sinn der Aussagen zu entstellen.

3. Ergebnisse

3.1 Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit

3.1.1 Diskriminierende Äußerungen/Alltagsrassismus

Die meisten Befragten haben unterschiedliche Formen von diskriminierenden Äußerungen und Alltagsrassismus wahrgenommen oder erlebt. Oft handelt es sich bei den geschilderten Beleidigungen um Bezüge zur (angenommenen) Nationalität, und die angesprochenen Personen sollten damit abgewertet werden.

- 1.

Berichtet wird von einer diskriminierenden Alltagssprache unter Jugendlichen, meist sind es Beleidigungen, die oft homophobe oder antisemitische Züge tragen. So heißt es: „ [...] Kids haben da einfach mal eine lockere Umgangssprache...ja wie gesagt, das ist alles im Rahmen. Männliche Jugendliche fragen sich halt untereinander, ob man schwul ist...du schwuler Bock...hat man fest integriert in solche Äußerungen. Ansonsten wird oft nachgeplappert, was man von den Eltern so mitkriegt, wenn es um die diebischen Polen (vgl. Kapitel Weitergehende Handlungsempfehlungen, d. V.) geht, das hört man doch immer wieder mal [...].“

In einem anderen Interview heißt es: „[...] hier ist es immer mal ein gegenseitiges Beschimpfen 'Du Schwuchtel' oder 'Du Schwuler' oder irgendwie sowas, aber auch das ist im Rahmen der üblichen und gegenseitigen Beschimpfungen. Man hat das nicht anders gehört, also sogar unsere Minis, die sagen das halt einfach mal, weil sie denken das ist eben ein angemessenes Schimpfwort.“ Oder berichtet wird: „[...] also was schon auch häufig kommt im Rahmen von Projekttagen sind insbesondere homophobe Äußerungen; diese 'Schwulenfeindlichkeit', die Ausgrenzung dieser Gruppen letzten Endes[...]“.

Zu alltäglichen antisemitischen Beleidigungen unter Jugendlichen heißt es: „Und im privaten Leben bekomme ich das schon sehr oft mit, auch wenn man einfach nur mit dem Bus fährt. Aber ich denk mir, das ist dieses Unbewusste, also von vielen Jugendlichen hört man zum Beispiel 'Du Jude', das bekommt man mit“. Ein weiterer Hinweis ist: „Was ich bisher gesehen habe geht in Richtung Antisemitismus [...]“. In einem Interview heißt es: „[...] natürlich haben wir die Beschimpfungen wie 'Du Jude', das haben wir hier schon ganz häufig, dass letztendlich muslimische Schüler irgendwen als Juden beschimpfen. 'Du Jude', 'Du Schwuler', 'Du schwuler Jude' ... wenn man das mit denen aufarbeitet, dann ist denen schon sehr klar, was sie da auch äußern. Das ist nicht einfach nur so daher gesagt.“

2.

Mehrere Interviewte berichten von alltäglichen rassistischen Beschimpfungen unter Jugendlichen. So heißt es: „[...] sind halt so unbedachte Dinge wie Titulierungen und dann die Nationalität hinten dran. Wo wir dann sagen: Reicht Arsch nicht? Das ist halt häufiger, aber damit können wir ja arbeiten.“ Berichtet wird von latent rassistischen Äußerungen wie, „[...] also ich sag jetzt ein konkretes Beispiel; die haben jahrelang drauf gewartet bis die wirklich extrem sanierungsbedürftige Toiletten endlich saniert wurden und dann

sagen die Schüler/-innen halt an der Schule 'Warum müssen wir in der Schule jahrelang auf neue Toiletten warten und die bekommen in kürzester Zeit neue Häuser gebaut?'

Am häufigsten berichten die Interviewten von Alltagsrassismen bis hin zu offen fremdenfeindlichen Äußerungen durch Erwachsene. So heißt es z.B.: *„Also wir hatten einmal einen Vater, der ganz klar gesagt hat, seine Tochter dürfe nicht mit einem Ausländer zusammen sein, das würde er nicht dulden [...]“*. Berichtet wird von rassistischen Stereotypen, die durch Erwachsene in ihrem Umfeld bedient werden. Erinnert wird an Äußerungen wie: *„Die Fenster wurden nicht geputzt, weil der Kreis kein Geld mehr hat, das geht ja alles an die Flüchtlinge“*. *„Ist ja ganz klar, der kommt ja aus Weißsichicht, muss ja so sein“* oder *„getreu dem Motto, polnische Wirtschaft (vgl. Kapitel Weitergehende Handlungsempfehlungen, d. V.) oder so“*.

Zwei Interviewte mit Migrationshintergrund schildern alltägliche Situationen, in denen sie selbst oder andere Menschen Diskriminierungen ausgesetzt sind: *„Sie wurden angesprochen und beschimpft, weil sie anders aussehen, weil die ein oder andere Kopftuch trägt, sich anders anzieht; und wenn zwischendurch die eigene Muttersprache gesprochen wird, dann wird geschimpft "Wir sind hier in Deutschland was redet ihr?". Solche Kommentare kommen, wenn ihr hier nicht unsere Sprache sprecht, dann könnt ihr gleich aussteigen, geht doch wieder nach Hause.“*

Auch im ehrenamtlichen Kontext erlebt ein Interviewter rassistische Beleidigungen: *„Wenn wir jetzt bei Vereinen sind und auswärts spielen, dann werden wir mit dem Spruch empfangen, "Die Kanacken sind da" oder "Ey, ihr scheiß Türken foulst nicht (vgl. Kapitel zu Weitergehende Handlungsempfehlungen, d. V.)“*.

3.

Weitere wahrgenommene Phänomene der Interviewten haben einen Bezug zu Migration und Flucht. Geschildert werden Vorfälle wie: *„Ja gut, bei Erwachsenen ist es halt oftmals so, dass man was aufschnappt, wenn man in einer Gaststätte oder Kneipe ist. Es sind diese Stammtischgespräche, oder ich hab es beim Einkaufen an der Kasse im Nettomarkt erlebt, dass da vor mir ein Asylant oder ein Ausländer (vgl. Kapitel zu Weitergehende Handlungsempfehlungen, d. V.) war, und dass dann halt getuschelt wurde. Es wurde nicht irgendwie laut raus posaunt, sondern das wurde hinter verdeckter Handman seinen*

Unmut geäußert. Nicht so öffentlich, aber man hat schon mitgekriegt, dass da irgendwas getuschelt wird.“ Und weiter wird berichtet: „Also direkt fremdenfeindlich oder rassistisch nicht, aber durchaus Ängste, die ich wahrnehme von Menschen vor Fremden. Nicht, dass sie jetzt dagegen sind, sondern einfach, dass sie Angst haben und unsicher sind, was da auf uns zukommt [...] Ich glaube die Angst kommt jetzt eher daher, das ist meine Wahrnehmung, dass so viele kommen und kein Mensch weiß, was da passieren wird. Das ist so die Stimmung, dass grundsätzliche Willkommen aber nach den ganzen Medienberichten, die jetzt für Aufruhr gesorgt haben über Silvester ist das schon anders. Viele Mütter, die ich kenne sagen, 'Mh meine Tochter jetzt abends alleine mit dem Fahrrad, da bin ich mir nicht mehr so sicher, ob ich das möchte'.“

Ein weiteres Muster im Umgang mit Geflüchteten ist ökonomisch und von Abstiegsangst geprägt: *„[...]da gab es auch die Sorgen, wenn da eine Unterkunft gebaut wird, dass dann die Grundstückspreise drum herum sinken; also diese besorgten Bürger gab es dann schon auch.“*

4.

Hingewiesen wird auf rassistische Kommentare bei Facebook auf der Seite einer Gemeindeverwaltung: *„Ja, ein Kollege zitiert hier, was da gepostet wird: 'Die bekommen alles, wo bleiben wir Deutsche?', 'Deutsche zuerst', 'Schmarotzer', 'Ausländer, Asylanten' (vgl. Kapitel zu Weitergehende Handlungsempfehlungen, d. V.). Und da wird auch beobachtet, dass das zum Teil auch von Personen gesagt wird, denen man das so eher nicht so zugetraut hätte.“*

5.

Die Stimmung in den im Kreis veranstalteten Bürgerinformationsveranstaltungen zur Unterbringung von Geflüchteten wurden von den Interviewten überwiegend positiv und als hilfsbereit wahrgenommen. Aber auch latent diskriminierende Äußerungen werden wahrgenommen: *„Ich meine, es kommt ein bisschen drauf an. Also wir waren auf ein paar Infoveranstaltungen wegen den Flüchtlingen, und da gab es auch schon diese üblichen besorgten Bürger-Parolen oder Argumente, die da aufgekommen sind; also grad in war es relativ massiv sogar. [...]“*

3.1.2 Politische Organisationen, Gruppen und Strukturen

Viele Befragte berichten von denselben organisierten rechtsextremen Zusammenhängen bzw. Aktivitäten im Landkreis.

1.

Dabei geht es vor allem um eine kleine Gruppe, die sich selbst als 'Autonome Nationalisten' bezeichnet und zu denen es unterschiedliche Hinweise gibt. Berichtet wird u. a.: *„Nach unseren Schätzungen, wenn sie sich mit einem Transparent hier vors Groß Gerauer Rathaus stellen, dann sind das so 4, 5 maximal 6 Personen. [...] die posten immer Fotos im Internet bei Twitter auf ihrem eigenen Account.“*. Von dieser Gruppe wird weiter berichtet: *„An dem Abend waren die 6 bis 8 Leute waren. Aber es ist ja immer so, die kommen nicht vom Ort, die werden angerufen, kommen aus Frankfurt“*.

Berichtet wird weiter von „Einzelaktivisten“ und Verbindungen der „Autonomen Nationalisten“ zur NPD und 'Der Dritte Weg': *„Der harte Kern sind aktuell so 6 bis 8 Leute, die das verwalten und organisieren, News posten; und da sind Kontakte innerhalb von Hessen zu parteiungebundenen Kräften und zur NPD, da gibt es Überschneidungen zur NPD Hessen und vor allem zu den JN Hessen. Der Leiter der JN Südhessen wohnt auch in ...; die machen auch gemeinsame Aktionen, also JN, NPD aber auch mit diesem ... in ... mit seinen Verbindungen zum Dritten Weg“*.

2.

Drei Interviewte berichten von 'BÜGIDA – Büttelborn gegen die Islamisierung des Abendlandes'. So heißt es: *„In Büttelborn gibt es allerdings, das hab ich am Rande mitbekommen, weil ich eine e-mail weitergeleitet bekommen habe, eine Gruppe, die da wohl anfängt aktiv zu werden, die aber im normalen, alltäglichen Leben nicht auftaucht, die man nicht wahrnimmt.“*. Ein anderer Befragter berichtet, dass diese Gruppe vor allem im Internet Stimmung mache: *„[...] BÜGIDA, Büttelborn gegen die Islamisierung des Abendlandes, und die wurden dann gleich wieder gesperrt, weil richtig plump fremdenfeindlich gehetzt wurde. Ich schätze von dem Schreibstil her, dass hinter der*

Homepage eine Aktivistin von der AfD steckt, die uns schon aufgefallen ist, weil sie in social media, in facebook, offen eine Kooperation zwischen den beiden Seiten gefordert hat“.

3.

Mehrere Interviewte sprechen von Szenetreffpunkten im Landkreis. So geht es um eine Kneipe: *„Es gibt eine Kneipe, die heißt....., da ist eine Szene noch existent, die ein bisschen rechtslastig ist.“* Dann geht es um einen Bahnhof als Szenetreffpunkt: *„Ja, das haben wir mitbekommen und uns wurde mitgeteilt, dass sich da am Bahnhof am Kiosk regelmäßig Jugendliche oder junge Erwachsene treffen würden, bei denen eindeutig ist, dass sie rechts stehen.“* Und in der Erinnerung eines Interviewten heißt es zu einen Treffpunkt: *„Wir hatten das Phänomen bis vor 3 Jahren noch. Diese Gruppierung gab es wohl um eine Bank herum, die trafen sich häufiger und dann hab ich auch eine Mitteilung bekommen, dass es dort auch mal 1 oder 2 Erwachsene mit dabei wären. Das ging dann soweit, dass da eine Kamera angebracht wurde und ruck zuck waren sie weg.“*

3.1.3 Aktivitäten und Aktionsformen

Wahrgenommen wurden zahlreiche und unterschiedliche Aktivitäten und Aktionen der extrem rechten Szene.

1.

Die als 'Autonome Nationalisten' bekannte Gruppierung fällt den Befragten durch verschiedene politische Aktivitäten und Aktionsformen auf. Insbesondere Flyer- und Stickeraktionen, also das Anbringen von Stickern im öffentlichen Raum, wird von den Interviewten wahrgenommen. So heißt es: *„Wir konnten im Jahr 2013 und 2014 eine Häufung der Aktivitäten beobachten, da gab es etwa zweimal im Monat richtig großflächige Aufkleberaktionen. In Büttelborn, in Dornheim auch mal in Gernsheim und Rüsselsheim, wo dann mal mindestens 100 Aufkleber geklebt wurden. Einmal wurden sie auch von uns dabei beobachtet, und das war sehr aktionistisch; das wird häufig dann gleich auf twitter gepostet, wo dann eine Verknüpfung damit hergestellt wird 'Heute Nacht wurde was verteilt, hahaha wir wissen nicht wer es war'“.*

2.

Ein Interviewter berichtet von Stickern der NPD: *„Wir haben einzelne schon mal gehabt, und einmal war auch hier vorne vor dem Haus, da ist eine beleuchtete Uhr, eine Art Litfaßsäule, mit entsprechenden NPD-Aufklebern“*. Ein anderer Befragter erkannte Aufkleber des 'Freien Netz Hessen': *„[...] Und sie hatten im Umfeld des Veranstaltungsortes, als direkte Reaktion auf die Veranstaltung, massiv Aufkleber dieses "NS Area" vom FN Hessen geklebt“*.

3.

In Erinnerung ist drei Befragten vor allem eine antisemitische Stickeraktion auf Stolpersteinen in Groß Gerau: *„Ja, in Groß Gerau...wir haben vor ein paar Monaten die Stolpersteine verlegt und da waren direkt an den Stellen, wo wir die Stolpersteine verlegt haben, die Aufkleber“*. Eine Interviewte kommentiert diese Aktion als neue Grenzüberschreitung: *„[...] erstmals seit sie in GG aktiv waren, haben sie auf den Synagogen-Gedenksteinen ganz demonstrativ Aufkleber geklebt; und wir hatten immer gedacht, das ist ein rotes Tuch, das trauen sie sich nicht, weil sie dann vielleicht wirklich mal Strafverfolgung zu befürchten hätten“*. Neben dem Anbringen von Stickern an Laternenmasten berichtet ein Interviewter von einer weiteren Aktionsform, die Aufkleber publik zu machen: *„Also die haben schon eine relativ bedauerliche Fantasie, wenn es darum geht, ihre Inhalte zu verbreiten und auch ihre Provokationen unter die Menschen zu bringen. Eine Strategie war, das hat mir eine Verkäuferin vom Aldi erzählt, dass sie zwischen den Waren im Aldi diese Aufkleber gelegt haben.“*

4.

Neben den Stickeraktionen wurden Hakenkreuzschmierereien im öffentlichen Raum wahrgenommen – in Schulen, Unterführungen und an Bushaltestellen: *„Vor zwei Jahren gab es ein oder zwei Hakenkreuze am Bahnhof Mörfelden, wo dann sofort die Meldung kam 'Guckt es euch an und macht es weg'“*. Weiter heißt es: *„Wir haben hier im Sommer Hakenkreuzschmierereien am Schulhof gehabt, da wissen wir nicht von wem das ausgeht[...]“*. Erinnert wird weiter an eine Sprühaktion des 'Freien Netz Hessen' an einer Schule: *„[...] es war im Sommer, da stand mit Kreide "Junge Nationale der Lehrerschreck" und solche Sprüche rund um die Schule [...]“*.



(Schmierereien am Dornheimer Bahnhof, 2014)

Quelle: <https://linksunten.indymedia.org/image/74041.jpg>



(Sticker auf Schaufenster der Grünen-Geschäftsstelle in Groß-Gerau, 2015)

Quelle: Geschäftsstelle des Grünen-Kreisverbands Groß-Gerau

5.

Organisierte Rechtsextreme fallen durch Präsenz bei (bildungs-) politischen Veranstaltungen auf. Ein Interviewter schildert: *„[...] die haben dann bei der Gründungsveranstaltung des Bündnisses Gegen Rechts hier in Groß-Gerau teilgenommen. Sie haben dort die gesamte Veranstaltung über im Publikum gesessen und haben sich Notizen gemacht - was die Leute gesagt haben, wer die Leute waren usw. [...]“*.

6.

Zwei Interviewte berichten von Demonstrationen der Rechtsextremen in Groß-Gerau: *„rechtsradikale Gruppierungen haben hier in Groß-Gerau und Umgebung überall Flyer verteilt, Aufkleber geklebt, eine Spontandemonstration durchgeführt und Sprühereien und so weiter durchgeführt haben.“*

7.

Auch von Gewalt gegen Personen und Dinge, bzw. der Androhung von Gewalt, berichten einige Interviewte: *„Also in Dornheim wurde uns schon von Kollegen im DGB Ortsverbandsvorstand erzählt, dass da auch sehr massiv Beschädigungen vorgenommen wurden. Also der [...], hat an seinem Auto, [...] festgestellt, dass die mutwillige Zerstörungen angebracht haben. Und da ist schon naheliegend, weil das im Zusammenhang mit einer Aktion gegen fremdenfeindliche Positionen und Rassismus und Nationalismus stattgefunden hat, dass da mit solchen Beschädigungen versucht wird zu drohen und einzuschüchtern.“*

In einem Interview heißt es: *„Die wollen mit "Ausländern" nix zu tun haben und dann sogar es wurde auch handgreiflich. Die haben einen Besenstiehl genommen und wollten uns Angst einjagen [...] und da ist es beinahe zu einer Schlägerei gekommen, aber da konnten wir Gott sei Dank noch eine Seite stoppen und ich hab gesagt, rechtliche Wege einschalten und am besten Polizei benachrichtigen[...]“*.

8.

Eine Interviewte berichtet von CD-Verteilaktionen an Schulen: *„Also das einzige was wir mal hatten, aber das ist schon 2 bis 3 Jahre her, da wurden CDs mit rechtem Liedgut verteilt. Da standen sie dann wohl vor dem Schulhof, das haben wir leider nie aktiv mitbekommen,*

sondern wir haben die CDs von den Schülern oder auch von Eltern bekommen - mit Liedgut drauf.“

9.

Zwei Interviewte berichten von Aktivitäten im Internet, zum einen von der Twitter-Präsenz der „Autonomen Nationalisten“ und zum anderen von Emails seitens der BÜGIDA Gruppierung. Berichtet wird: *„Also das war grade letzte Woche, da kam eine Mail von BÜGIDA, und da habe ich mitbekommen, dass da Mails reingehen in denen hier die Unterkunft in GG abgelehnt wird“*.

10.

Schließlich berichten zwei Interviewte von nationalsozialistischen Symboliken, Kleidungsstücken und Accessoires, die auf Flohmärkten im Kreis angeboten würden: *„[...] dies findet immer wieder bei Flohmärkten, da gibt es die ein oder andere Klebepappe mit antisemitischen Hakenkreuzen und Zeichen zu kaufen“*.

3.1.4 Behördlicher Rassismus/Behördlicher Umgang mit Rechtsextremismus

Mehrere Interviewte Personen nehmen Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit auch von Seiten der Behörden und der Polizei wahr.

1.

Danach würden Menschen mit Migrationshintergrund sich oft nicht ernst genommen fühlen oder auch rassistische Übergriffe nicht zur Anzeige bringen. So wird geschildert: *„Es wird nur noch weggeguckt. Und wenn wir gerade bei der Polizei sind, da kann ich vielleicht zwei Beispiele erzählen, ich kenne noch mehr, aber zwei sind gravierend. Vor ein paar Jahren wurde hier bei uns in einem Mehrfamilienhaus ein Feuer im Eingang gelegt und überall Hakenkreuze geschmiert [...] und es wurde ein Kinderwagen angezündet [...], direkt im Treppenhaus bei dem Eingang - und was hat sich ergeben? Nix. Vor kurzem wurde auf eine schwangere Frau mit einem Kind ein Hund gehetzt. Gott sei Dank es ist nix passiert, und sie hat dann gleich eine Anzeige gemacht. Was ist dann daraus geworden? Die Polizei sagte, das Kind ist nicht zu Schaden gekommen, es ist nicht unsere*

Angelegenheit, gehen sie zu Ordnungsamt. Was unser Problem ist, also was heißt Problem, das Problem unseres Land ist bzw. unserer Stadt, [...] diese Diskriminierungen und rechtsextremistischen oder antisemitischen Delikte werden nicht erfasst. Sie werden als ganz normale Delikte erfasst, aber nicht unter der Überschrift Rechtsextremismus oder Diskriminierung bzw. ausländerfeindliche Delikte.“

Ein anderer Interviewter berichtet: *„[...] ich habe gesagt, dass ich eine Beschwerde, eine Anzeige aufgeben will. Hier werden rechtsradikale Sachen verkauft und da kommen auch sehr viele Rechtsradikale hin. Die Antwort war, wir sind die Wasserpolizei und wir sind zuständig für das Wasser nicht für das Land. [...] Dann hab ich gesagt, informieren sie die anderen und ich warte. Ok habe gewartet, aber nichts passiert. Bin ich dann nochmal hin gegangen ‚Ja wir haben die informiert die kommen.‘ [...] Ich musste eine Stunde lang warten bis die Polizei kommt. Dann sind die auch gekommen und ich habe das erörtert [...] ich erstatte auf jeden Fall eine Anzeige. Gut die sind da hingegangen, ich habe das beobachtet, die haben mit denen geredet, und dann sind die weg gegangen [...], aber die Anzeige wurde nicht aufgenommen. [...] die Leute, die betroffen sind, sagen, es lohnt sich nicht, warum soll ich mir die Mühe machen (...).“*

2.

Zum diskriminierenden Umgang von staatlichen Stellen mit Menschen mit Migrationshintergrund wird über eine Stellenausschreibung im öffentlichen Dienst berichtet: *„Es wurde gleich nicht nach der Qualifikation gefragt, es wurde gefragt ‚Aha wollen Sie mit ihrem Kopftuch arbeiten?‘ ‚Hat ihr Mann sie gezwungen?‘ ‚Was würden sie denen erzählen, wenn sie auf diesem Platz arbeiten und ein Bürger fragt, wie würden sie erklären wie sich aussehen und warum sie ein Kopftuch tragen?‘ Sie sagte ‚Fragen Sie nach meiner Qualifikation!‘ Sie hat ihren Bachelor gemacht und beste Noten und sich weiter qualifiziert - und sie wurde nicht weiter eingeladen“.*

Weiter heißt es zum behördlichen Alltag, *„dass Kundinnen und Kunden im Haus hin und her geschickt, direkt abgewiesen, weil ihnen unterstellt wird ‚die verstehen sowieso nichts‘. Die Sachlage oder die Anliegen werden nicht angenommen und bearbeitet, sie werden zurückgeschickt. Und da kommt schon die Beschwerde ‚ja das haben die gemacht weil ich schwarz bin, man sieht, dass ich halt aus dem Ausland komme‘. Aber ich denke schon, dass so Aussagen Hand und Fuß haben, weil das nicht immer Zufall sein kann [...]*

das waren keine Ausnahmefälle, weil es bei der einen Person klappt und bei der anderen nicht, dann denkt man sich warum funktioniert es da, nicht aber da [...]“

Ein weiterer Vorfall wurde von einer Schule berichtet, wo ein Schüler trotz entsprechender Noten nicht in die nächste Klasse versetzt werden sollte; und berichtet wurde von vermehrten Verkehrskontrollen bei Menschen mit Migrationshintergrund.

3.1.5 Polizeiliche Kriminalstatistik

Nach dem Hessischen Landeskriminalamt (HLKA) liegen zur Politisch motivierten Kriminalität (PMK) - hier zum Phänomenbereich „rechts“ - für den Landkreis Groß Gerau folgende Zahlen vor: Im Jahr 2013 gab es 15 Straftaten (keine Gewaltdelikte) und im Jahr 2014 gab es acht Straftaten (keine Gewaltdelikte). Im Jahr 2015 gab es 24 Straftaten und ein Gewaltdelikt (Körperverletzung). Die Straftaten beziehen sich vor allem auf Propagandadelikte: Hier waren es elf im Jahr 2013, sieben im Jahr 2014 und zehn im Jahr 2015. Im Bereich Sachbeschädigung waren es im Jahr 2013 zwei und im Jahr 2015 acht Delikte. Weiter wurden gemeldet: 2014 einmal und 2015 zweimal Volksverhetzung; dreimal waren es andere Straftaten.

3.1.6 Interpretationsmuster der Befragten

Nicht alle Interviewten haben für ihre subjektiven Erfahrungen und Berichte auch Interpretationen (Deutungen, Ursachen, Gründe) angeboten; bei den Hinweisen werden als **Interpretationsmuster** unterschiedliche Akzente gesetzt.

1.

So heißt es zu Alltagsdiskriminierungen bzw. Alltagsrassismus und dem **Sprachgebrauch** unter Jugendlichen eher verkürzt und reduzierend: *„Das ist einfach...das ist so in der Sprache [...] integriert, also die sprechen sich schon so an ‚Ey du Jude du bist doch nur ein Lügner‘ [...]“*. Oder wenn es heißt: *„Ich sag mal im üblichen Rahmen, Kids ham da einfach mal eine lockere Umgangssprache...ja wie gesagt das ist alles im Rahmen. Männliche Jugendliche fragen sich halt manchmal untereinander ob man schwul ist. ‚Du schwuler Bock‘,...hat man halt fast in der Alltagssprache integriert solche Äußerungen.“*

2.

Auch verkürzt ist der – gleichwohl wichtige - Bezug auf **Bildung**: *„Aber man muss auch manchmal sagen, es ist die ungebildete Jugend, die einen verleitet zu ´nem dummen Spruch. Aber wenn man die Möglichkeit zur Reflexion erhält, ist meistens doch relativ schnell Einsicht da.“*

3.

Angesprochen werden **„Abstiegsängste“** bzw. **„gefühlte Benachteiligungen“**: *„Wir sind ja eigentlich schon für die Flüchtlinge aber [...], wenn die mal in Arbeit kommen und für die einfachen Jobs, ist die Gefahr natürlich da und dann ist da dieses unterschwellige ‚Ja das könnte auch meinen Job bedrohen‘ am Bauhof oder in einfachen Tätigkeiten [...]“.*

4.

Bezug wird genommen auf **konkrete Situationen** und **Verhaltensweisen**: *„Und da kriegt man dann [...] von Nachbarn [...] Beschwerden so ‚Hier der, die können doch gar keinen Müll trennen und dann fliegt alles in unseren Garten [...]‘ Also das ist dann auch immer son‘ ‚Ja wir haben ja grundsätzlich nichts gegen die aber nicht neben unserem Haus“.*

5.

Zweimal wird auf **Eltern** als Quelle von fremdenfeindlichen Einstellungen Bezug genommen; so waren einige Interviewte mehrfach mit *„ausländerfeindliche Aussagen von Vätern“* konfrontiert.

6.

Zwei Interviewte erkennen eine **Veränderung rechter Strategien** von offen ausländerfeindlichen Argumentationsmustern hin zu ökonomistischen und islamfeindlichen Erklärungen: *„Mittlerweile hat die Ausländerfeindlichkeit und Diskriminierung die Schiene gewechselt. [...] Wenn dann jemand [...] eine Kopftuchträgerin beleidigt [...], dann kann er immer die Verteidigung haben, es könnte ja ein Terrorist sein.“* Und weiter heißt es: *„[...] also man sagt nicht mehr ‚Raus [aus Deutschland]‘ sondern ‚Arbeitsplätze‘ [...]. Die Parolen sind jetzt ganz anders geworden.“.*

4. Neues Phänomen: Rechtspopulismus/AfD

Bei der Kommunalwahl am 6. März 2016 – im Untersuchungszeitraum der Studie – hat auch im Landkreis Groß-Gerau die Alternative für Deutschland (AfD) kandidiert. Sie hatte 30 Kandidatinnen und Kandidaten (24 Männer, sechs Frauen) auf ihrer Liste nominiert und

erhielt dann 13,2 Prozent – und damit 10 Mandate im Kreistag - der abgegebenen Stimmen. Bei der konstituierenden Sitzung des Kreistages hatte die Fraktion der AfD noch 7 Mitglieder, drei hatten die Fraktion verlassen (Hafeneger 2016).

In der wissenschaftlichen Diskussion wird die AfD (die in Hessen etwa 2.000 Mitglieder hat) als eine Partei mit Entwicklungen und Parteiflügeln charakterisiert, die sich in ihrem (noch unabgeschlossenen) Suchprozess zwischen „nationalkonservativ“, „deutschnational“, „völkisch-national“, „rechtsliberal“, „rechtspopulistisch“ und Ausfransungen nach „rechtsextrem“ bewegt (vgl. Bebnowski 2015, Häusler 2016). Sie war bei den letzten Landtagswahlen und der Hessischen Kommunalwahl in der Lage Wählerstimmen im zweistelligen Bereich zu binden und ist in mehrere Landtage und kommunale Parlamente in Hessen eingezogen. Ihre Themenzentren waren vor allem „Flüchtlinge/Asylbewerber“, „Islam“, „Europa“, „Familie“ und „Innere Sicherheit“. Hier ist es der AfD gelungen Unsicherheiten und Affekte gegen „Andere, Fremde, Flüchtlinge, Asylbewerber“ zu binden, in dem sie vermeintlich die Sorgen und Ängste ihrer Anhänger aufgenommen und mit (aggressiver) Gefühlspolitik beantwortet hat.

Wahlanalysen sehen in den Motiven für das Wahlverhalten eine Mischung aus „Gesinnung“ und „Protest“, aus „Frustration“ und „Demokratiedistanz“ sowie einem Vertrauensverlust von Teilen der Bevölkerung in das politische System und dessen Repräsentanten; verbunden mit einer Mobilisierung bisheriger Nichtwähler und Wählerwanderungen von anderen Parteien. Die Wahlergebnisse verweisen – und das haben empirische Befunde und langfristige Erhebungen (u. a. die repräsentativen Bevölkerungsumfragen vom Institut für Demoskopie Allensbach) in den letzten Jahren wiederholt nachgewiesen - auf das gesellschaftliche Meinungsklima (Stimmungsbild) und das rechtspopulistische Einstellungspotential/das populistische Denken in Teilen der Bevölkerung. Es ist der AfD bei der Kommunalwahl auch im Landkreis Groß-Gerau – wie in allen anderen Landkreisen und Kommunen - gelungen, dieses Potential weitgehend zu mobilisieren und zu binden. Damit ergeben sich weitergehende Fragen zu politischen Orientierungen und politischer Kultur, zu Anfälligkeiten für Populismus und deren Ursachen, zum „Phänomen AfD“ und zu den Wahlbereitschaften, die über den hier untersuchten Extremismus resp. Rechtsextremismus, den Auftrag und die Anlage des Berichtes hinausgehen.

5. Religiös motivierter Extremismus

5.1 Problemwahrnehmung der Befragten

In den 17 Interviews haben der überwiegende Teil der Befragten angegeben, dass sie über keine Beobachtungen, Erfahrungen und Kenntnisse zu Werbe- oder Verteilaktionen, Treffen o. a. verfügen und berichten können. Von den meisten wird die Situation einerseits als *„sehr ruhig“*, *„friedlich“* oder als *„in unserem Kreis ist mir nichts bekannt“*, *„im Großen und Ganzen ist mir nichts aufgefallen“*, *„noch nie was davon gehört“* beschrieben; angemerkt wird aber vereinzelt auch, *„dass man nicht so genau weiß, was so läuft“*, *„dass man nicht alle kennt“*.

5.2 Vereinzelte Aktivitäten

Berichtet wird von Aktivitäten von islamistischer Seite wie von *„Menschen, die da (in Rüsselsheim, d. V.) den Koran verteilt haben“*, von *„Plakatierungen ums Camp“* (.....) in oder auch in ...; *„es war schon spannend, dass nicht nur der NPD-Flyer kam, sondern auch die auf Arabisch geschriebenen Flugblätter(.....), und es waren bisher eigentlich immer nur Gespräche, die da geführt wurden“*. Ein Hinweis bezieht sich auf eine Flüchtlingsunterkunft und *„Personen die aufgefallen sind, die der Gruppe der extrem religiösen Salafisten zuzurechnen sind“*. Diese waren äußerlich identifizierbar mit *„längerem Bart, Gewand und weißem Käppi“*.

In einem Interview wird zurück verwiesen; *„vor ein paar Jahren gab’s da mal...da haben die (Salafisten, d. V.) Koranbücher in Schulen verteilt; aber das wurde ganz schnell unterbunden“*. Zwei Interviewte berichten von *„ein oder zwei Personen, die nach Syrien ausreisen wollten“*, denen dann aber die Pässe entzogen wurden; weiter berichten sie und zwei weitere Interviewte von einer Schülerin, die *„verschollen war, immer mal (so die Vermutung, d. V.) in Syrien gesichtet wurde; das lief dann über Facebook“*. Die vermisste Schülerin einer Berufsorientierungsklasse in Rüsselsheim war 16 Jahre *„hat in Frankfurt noch geheiratet und ist mit einem Kämpfer in den Irak, aus einer türkisch-irakischen Grenzstadt hat sie sich dann gemeldet“*. Von dem Mädchen wird berichtet, das sie *„öfter nach Frankfurt gefahren ist, und dann weiß ich auch noch von 2,3 anderen Fällen, die sich auch radikalen Organisationen angeschlossen haben, die sind nach Frankfurt gezogen“*.

In der Frankfurter Allgemeinen wird am 10. Mai 2016 u. a. berichtet:

„Anfang Mai wurde ein 29 Jahre alter Mann aus Rüsselsheim, der für die Terrormiliz Jabhat al Nusra in Syrien gekämpft hat, vom Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichtes in Frankfurt/M. zu einer Haftstrafe von fünf Jahren verurteilt. Er hatte sich 2013 der Al-Nusra-Front angeschlossen, ließ sich zum Dschihad-Kämpfer ausbilden, kaufte Handgranaten, ein Sturm- und ein Maschinengewehr; verteidigte in Wachdiensten für die Miliz sein Dorf in Syrien. Es gibt Bilder von K. im Tarnanzug und mit dem Finger am Abzug eines Maschinengewehrs.

Er hatte Kontakte zum salafistischen Prediger Abdellatif Roualie und leitete in Frankfurt den inzwischen verbotenen Verein „DawaFFM“ – ein Umfeld, in dem sich viele Syrien-Kämpfer aus dem Rhein-Main-Gebiet radikalisierten“

In differenzierender Betrachtung berichten zwei Interviewte, dass es *„eine Hand voll Salafisten gibt, die wir von früher kannten“*, diese bezeichnen sie als nicht militant, als *„bekennende Salafisten, aber es gibt ja Salafismus und Salafismus“*.

5.3 Polizeiliche Kriminalstatistik

Die Statistik des Hessischen Landeskriminalamtes (HLKA) zur politisch motivierten Kriminalität „Islamismus“ zeigt für den Landkreis Groß Gerau, dass für die Jahre 2013 und 2014 keine Straf- und Gewalttaten vorliegen. Für das Jahr 2015 ist eine Straftat mit dem Merkmal „Volksverhetzung“ registriert und aufgeklärt worden.

6. Interventionsstrategien, Bedarf und Handlungsempfehlungen

6.1 Bisherige Aktivitäten

Hervorzuheben sind die Aktivitäten des „Netzwerkes gegen Rechtsextremismus und Rassismus des Kreises Groß-Gerau“, organisiert und koordiniert durch den Fachdienst Büro für Integration. Die unterschiedlichen Formate der Netzwerkaktivitäten – Ausstellung, Veranstaltungen, Vorträge, runder Tisch – sind ein gelungener Mix von Prävention, Aufklärung/Information und Diskussion sowie der Förderung einer demokratischen Kultur. Mit seiner fachlichen Einbindung und Kooperation ist das Netzwerk fachlich prominent ausgewiesen (s. Anhang für das Kalenderjahr 2015). Auch der Come-Together-Preis ist eine gelungene Initiative, mit der Aktivitäten gewürdigt und geehrt werden.



(Fotoaktion vom „Aktionsbündnis gegen Rechtsextremismus – Groß-Gerau“ in Zusammenarbeit mit der Respekt-AG der Prälat-Diehl-Schule während der Interkulturellen Wochen 2014,

Quelle: http://www.echo-online.de/fm/819/thumbnails/CON_521793177_58866_M.jpg.27715311.jpg)

Die meisten Interviewten fühlen sich gut informiert und heben positiv die bisherigen Entwicklungen, Angebote und Strukturen in ihren Kommunen und im Landkreis hervor. Diese können so differenziert werden:

1.

Mit Blick auf einzelne Kommunen wird zweimal auf historisches Lernen hingewiesen; gewürdigt wird, „die Geschichte (hier u. a. mit Stolpersteinen) aufzuarbeiten“; in einer anderen Kommune wird auf ein „gutes Umfeld“ und eine lange Tradition mit „Museumspädagogik, Ausstellungen, Theaterstücken, den Austausch mit dem Ausland“ und die „Aktion Toleranz“ hingewiesen. Für eine Kommune wird auf eine „kluge Politik“ hingewiesen, „die die Bevölkerung frühzeitig in die Flüchtlingspolitik mit einbezogen hat“. Weiter gab es „Veranstaltungen zum Thema Extremismus und Radikalisierung mit allen Pädagoginnen und Pädagogen der Stadt Rüsselsheim“, „eine Fachtagung für Sozialarbeiter/-innen“, die „Arbeit an Projekten und Prävention“, die Entwicklung „kommunaler Netzwerke“, von „runden Tischen“ sowie eine „Wanderausstellung zur Demokratie“. Es gibt Bündnisse „gegen rechts“ und immer auch – so in Groß Gerau - „eine breitere Gegenwehr gegen solche Entwicklungen, auf die wir auch ein bisschen stolz sind“.

2.

Für den Landkreis wird hervorgehoben, dass „die Angebote da sind“ und er „gut aufgestellt ist“, dass die „Zusammenarbeit mit der Jugendförderung und dem Jugendbildungswerk sehr gut ist“ oder – allgemein formuliert – es im Landkreis „Wachheit und Zivilcourage“ gibt. Genannt werden einzelne Veranstaltungen wie zum „Salafismus“, „Netzwerke auf Landkreisebene“ von Seiten der „Jugendförderung“ und „Schulsozialarbeit“. Hingewiesen wird weiter auf Veranstaltungen des DGB, von AuL und der Volkshochschule.

3.

Innerhalb der Institutionen und des Kollegiums von Schulen wird von mehreren Interviewten positiv auf das „Demokratietraining“, auf unterschiedliche „Arbeitsgemeinschaften“, auf „Projekttag“, „Projekttag zu sozialen Netzwerken“ „work-shops“, einen „Mitmachparkour“ und „Peerschulung“, das Verfahren der „Streitschlichtung“ - um z. B. bei „rassistischen Kommentaren“ schnell und angemessen reagieren zu können - sowie die „Fortbildung der SV“, hingewiesen. Die Einschätzung,

„dass wir kollegial ganz gut aufgestellt sind“ wird mehrfach geäußert und auch, „dass wir uns immer mal Fachleute von außen“ dazu holen.

4.

Netzwerke und Kontakte, Fortbildung und Beratung gibt es vereinzelt auch über den Landkreis hinaus: So wird auf die Bundeszentrale für politische Bildung, das Beratungsnetzwerk Hessen in Marburg und die JBS Anne Frank in Frankfurt hingewiesen.

6.2 Anregungen und Forderungen

Von mehreren Interviewten werden weitere Anregungen und Forderungen formuliert; dabei werden hervorgehoben:

- mehr „Kenntnisse über die aktuelle rechte Szene, deren Musik, Outfit und Sprache“ als auch „mehr Wissen über die Formen des Islam“;
- das gilt auch für Formen des pädagogischen Umgangs sowohl mit „alltagsrassistischen Äußerungen“, „rechten Jugendlichen“ als auch generell mit „muslimischen Jugendlichen“;
- ein „kontinuierlicher Bedarf“ an „Fortbildung“ und „Konzeptentwicklung“, nach „gemischten Fortbildungsgruppen“ aus der Jugendarbeit und Schule;
- mehr „Kommunikation und eine engere Zusammenarbeit von Ausländerbeiräten, Behörden und Polizei“. Hier wird der notwendige „Aufbau von Vertrauen“ besonders hervorgehoben.
- Angeregt wird eine bessere Kommunikation und partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen „Eltern, Schulen, Behörden und Moscheegemeinden“.
- Hingewiesen wird schließlich auf eine notwendige „Beratung vor Ort“, die schnell helfen und agieren kann.

Weiter wird allgemein formuliert, dass es „nie genug Aufklärung und Veranstaltungen geben kann“ und gefordert, „mehr im Bereich Jugend zu investieren“. Kritisiert wird allgemein die Sparpolitik zu Lasten von Kindern und Jugendlichen und für eine Kommune wird das „Abziehen von Ressourcen“ beklagt.

6.3 Weitergehende Handlungsempfehlungen

Aus dem Material und der fachlichen Entwicklung (u. a. der Expertise aus Erfahrungen der Bundesprogramme) in der Auseinandersetzung mit Extremismen lassen sich vor allem fünf weitergehende - thematische und systematische - Handlungsempfehlungen begründen, die als „Bausteine“ einer demokratischen Kultur verstehen sind. Die Schwerpunktsetzungen und Reihenfolge für den Landkreis müssten in einem dialogischen Prozess nach ihrer Anschlussfähigkeit, Dringlichkeit und Nachhaltigkeit im Bereich „Prävention und Intervention“ geprüft, geklärt und abgestimmt werden.

1. Prävention und Bildung

- Im Sinne einer general-/primärpräventiven Kreispolitik gilt für Kinder und Jugendliche, dass sie in den pädagogischen und sozialarbeiterischen Feldern, Trägern und Einrichtungen positive Erfahrungen von Anerkennung, Partizipation, Selbstachtung/-wirksamkeit, Integration und Zugehörigkeit machen. Solche Erfahrungen tragen dazu bei, Anfälligkeiten gegenüber Extremismen zu verhindern und zu „immunisieren“. Eine breite Infrastruktur und vielfältige Angebote der Jugendarbeit, die möglichst viele Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene fördernd erreicht, gehört zu den zentralen Säulen der Prävention.
- Bildungsangebote für Schule und außerschulische Handlungsfelder haben – mit aufklärerischer und interkultureller, demokratiepolitischer und menschenrechtlicher Fundierung – kontinuierlich Themen des Extremismus, der abwertenden Menschenfeindlichkeit/feindseligen Haltungen in der Gesellschaft aufzunehmen. Das gilt insbesondere auch für die Qualifizierung in flüchtlingspolitischen und -pädagogischen Themen und Fragen.
- Die Hinweise aus den Interviews zeigen wie bedeutsam Sprache ist. Die Sensibilisierung gegenüber einem abwertenden, diskriminierenden und verallgemeinerten Sprachverhalten – wie auch gegenüber verkürzten Deutungen - muss ein Baustein der Bildungsangebote für Jugendliche, für ehren- und hauptamtliche Mitarbeiter/-innen in der Jugendarbeit/Schulsozialarbeit, für Lehrer/-innen sein.
- Vor allem die Verbände und Vereine (Sport, Feuerwehr, Pfadfinder, THW, religiöse Gruppen u. a.) sind Träger der Zivilgesellschaft und erreichen mit ihren Angeboten

viele Kinder und Jugendliche. Die hier zivilgesellschaftlich engagierten, ehrenamtlichen tätigen Akteure (z. B. Jugendgruppenleiter/-innen), Übungsleiter/-innen) sind in Bildungsprogramme einzubeziehen.

- Ein Förderprogramm des Kreises könnte einzelne Projekte, work-shops, Seminare und andere Aktivitäten (z. B. interreligiöse Dialoge, soziale Kompetenztrainings, Konflikttrainings, Schule ohne Rassismus, Theater, Ausstellungen) – die Modellcharakter der „Demokratie- und Menschenrechtspädagogik“, in der Auseinandersetzung mit Extremismus haben oder auch best-practice-Beispiel sind – unterstützen. Dies könnte z. B. im Rahmen eines regelmäßig ausgeschriebenen Wettbewerbs organisiert und prämiert werden und sich u. a. an Schulen, Verbände, Einrichtungen der Jugendarbeit, Initiativen richten.

2. Begleitung

Für den pädagogischen und sozialarbeiterischen Umgang mit Jugendlichen, die sich in Prozessen der Radikalisierung befinden bedarf es besonderer Kompetenzen, dies gilt für Fachwissen wie für die Beziehungsqualität/Haltung von Fachkräften; hier muss ein ausgewiesenes Fortbildungs- und Reflexionsangebot (z. B. in Kooperation mit dem von Bund und Land geförderten Beratungsnetzwerk Hessen und/oder mit VPN) zur Verfügung gestellt werden. Dabei gilt es, Prozesse der Radikalisierung und des Einstiegs in extreme Szenen zu verhindern sowie Deradikalisierung (Distanzierung, Ausstieg) zu fördern.

3. Beratung

Eltern, Lehrer/-innen, pädagogische Mitarbeitern/-innen suchen oftmals eine schnelle und unmittelbare, ortsnahe und fachlich qualifizierte Beratung, wenn sie problematische Entwicklungen bei Jugendlichen wahrnehmen; und auch Jugendliche selbst suchen nach Beratung (wollen reden). Hier kann eine ausgewiesene und auf Vertraulichkeit basierende Servicestelle des Kreises – die berät, hilft, weiter vermittelt - eine erste „Anlaufstelle“ sein.

4. Erwachsenenbildung

Die bisherigen Angebote in der Auseinandersetzung mit Extremismen richten sich vor allem an Jugendliche und junge Erwachsene sowie an pädagogische Mitarbeiter/-innen (Multiplikatoren); sie richten sich weniger an weitere erwachsene Zielgruppen. Mit Blick in

empirische Befunde finden sich in der Erwachsenenengesellschaft höhere Werte für Vorurteile, Ressentiments und Abwertungen. Diese sollten im Bildungsprofil von freien und öffentlichen Trägern der Erwachsenenbildung einen ausgewiesenen Platz haben und mit sozialräumlichen (ortsnahen) Zugängen und Formaten versuchen, neue Zielgruppen (z. B. auch Seniorinnen und Senioren) zu erreichen.

5. Infrastrukturentwicklung

Foren, Kooperation, Netzwerke und Aktionsverbände zivilgesellschaftlicher, staatlicher und pädagogischer Akteure haben in diesem Feld mittlerweile eine lange Tradition. Hier kann ein kreisbezogener „Aktionsplan gegen Extremismus“ eine systematische und strukturierte Auseinandersetzung ermöglichen. Die Erfahrungen mit den von Bund und Land Hessen geförderten Lokalen Aktionsplänen (LAPs) - die mit dem Bundesprogramm „Demokratie leben!“ seit 2015 „Partnerschaften für Demokratie“ heißen – zeigen wirksame Effekte der Strukturbildung. Vor allem wird durch einen LAP/eine Partnerschaft die Kommunikation zwischen Politik, Zivilgesellschaft, Schule, Jugendarbeit/-bildung, Polizei, islamischen Verbänden und Moscheegemeinden intensiviert, kontinuierlich und verbindlich. Sie bündeln bereits bestehende Aktivitäten der unterschiedlichen Arbeitsbereiche und regen neue Aktivitäten und Projekte an.

7. Fazit

Als Fazit des Berichtes können vor allem fünf Aspekte hervorgehoben werden, die sich auf das „Lagebild“, den Umgang und weitergehende Anregungen beziehen.

1. Der Landkreis ist kein Zentrum des organisierten Rechtsextremismus oder der radikal-salafistischen Szene. Auch wenn beide Extremismen überschaubar sind, gibt es gleichwohl zahlreiche Hinweise zu Gruppen, Strukturen und Personen sowie zu Aktivitäten, die dem extremen – rechtsextremen oder neosalafistischen - Potential zu zurechnen sind bzw. von ihm ausgehen.
2. Die Breite der geschilderten Alltagsphänomene und Problembeschreibungen verweisen auf Entwicklungen, die in die „Mitte der Gesellschaft“ reichen und als „Extremismus der Mitte“ diskutiert werden. Dies sind Entwicklungen weit über den

organisierten Extremismus hinaus und markieren die Bedeutung von Prävention, Aufklärung und Bildung.

3. Die bisherigen Angebote zur Qualifizierung und Auseinandersetzung mit den Extremisten werden weitgehend positiv bewertet; das gilt auch für Vernetzung und vielfältige praktische schulische und außerschulische Aktivitäten.
4. Forderungen beziehen sich auf die notwendige Kontinuität und Vertiefung von Sensibilisierung und Fortbildung, Beratung und Vernetzung - verstanden als demokratiebildende und präventive Daueraufgabe. Hingewiesen wird weiter auf eine professionelle Beratung (Servicestelle) vor Ort und die notwendigen Ressourcen.
5. Weitergehende Empfehlungen und die Entwicklung von Handlungsansätzen beziehen sich auf Prävention, Begleitung, Beratung, Erwachsenenbildung und Vernetzung.

8. Literaturhinweise

Bebnowski, D., Die Alternative für Deutschland. Aufstieg und gesellschaftliche Repräsentanz einer rechten populistischen Partei, Wiesbaden 2015

Becker, R./Palloks, K. (Hrsg.), Jugend an der roten Linie. Analysen von Erfahrungen mit Interventionsansätzen zur Rechtsextremismusprävention, Schwalbach/Ts. 2013

Decker, O./Kiess, J./Brähler, E., Die stabilisierte Mitte – Rechtsexterne Einstellungen in Deutschland, Leipzig 2014

Edler, K., Islamismus als pädagogischer Herausforderung, Stuttgart 2015

El-Gayar, W./Strunk, K. (Hrsg.), Integration versus Salafismus, Schwalbach/Ts. 2014

Frindte, W./Geschke, D./Haußecker, N./Schmidtke, F. (Hrsg.), Rechtsextremismus und „Nationalsozialistischer Untergrund“, Wiesbaden 2016

Glaser, S./Pfeiffer, T. (Hrsg.), Erlebnisswelt Rechtsextremismus, Schwalbach/Ts. 2013

Hafeneger, B./Becker, R., Rechte Jugendcliquen, Schwalbach/Ts. 2007

Hafeneger, B., Die Identitären – Vorübergehendes Phänomen oder neue Bewegung?

Friedrich-Ebert-Stiftung (Expertisen für Demokratie), Berlin 2014

Hafeneger, B., Die extreme und populistische Rechte. Kommunalwahl in Hessen, Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Sachsen-Anhalt und Rheinland-Pfalz, in: Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit, Heft 1, Schwalbach/Ts. 2016, S. 119-132

Häusler, A. (Hrsg.), Die Alternative für Deutschland. Programmatik, Entwicklung und politische Verortung, Wiesbaden 2016

Heitmeyer, W., Deutsche Zustände. Folge 1 bis 10, Frankfurt/M. bzw. Berlin 2002 - 2012

HSFK Report Nr. 1/2016: Herausforderungen der empirischen Forschung zu Salafismus (Reihe „Salafismus in Deutschland“), Frankfurt/M. 2016

Manemann, J., Der Dschihad des Westens und der Nihilismus. Warum ziehen junge Europäer in den Krieg, Bielefeld 2015

Said, S., Islamischer Staat. IS-Miliz, al-Qaida und die deutschen Brigaden, München 2014

Salzborn, S., Rechtsextremismus. Erscheinungsformen und Erklärungsansätze, Baden-Baden 2015

Schneiders, T. G., Salafismus in Deutschland, Bielefeld 2014

Schröter, S., „Gott näher als der eigenen Halsschlagader“. Fromme Muslime in Deutschland, Frankfurt/M. 2016

Steinberg, G., Kalifat des Schreckens, München 2015

Stöss, R., Rechtsextremismus im Wandel, Berlin 2010

Zick, A./Klein, A. (Hg.), Fragile Mitte – Feindselige Zustände, Berlin 2014

9. Anhang

Aktivitäten des Netzwerks gegen Rechtsextremismus und Rassismus des Kreises Groß-Gerau im Kalenderjahr 2015:

15. bis 30. Januar

Ausstellung „Mensch, Du hast Rechte“ der Anne Frank Stiftung in Kooperation mit der Jugendförderung

5. Februar 2015

Veranstaltung „Religiöser Extremismus - Ansätze zum Umgang mit Radikalisierung bei Jugendlichen“ durch Herrn Ahmad Mansour

13. März 2015

Runder Tisch mit Ausländerbeiräten und Moscheevereinen

13. April 2015

Netzwerk – aktiv

24. September 2015

Pressekonferenz mit der Universität Marburg und Landrat Thomas Will bzgl. des Sachberichtes 2015/16

30. September – 15. Oktober

Wanderausstellung der Friedrich Ebert Stiftung „Demokratie stärken – Rechtsextremismus bekämpfen“

30. September 2015

Eröffnung der Wanderausstellung durch Landrat Thomas Will

30. September 2015

Vortrag „Wortergreifung“ durch Herrn Helge von Horn

7. Oktober 2015

Infoveranstaltung: „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“

13. Oktober 2015

Vortrag über Präventionsangebote der Roten Linie

14. Oktober 2015

Come Together Preis 2015

15. Dezember 2015

Infoveranstaltung: Migration und Flucht – Aktiv gegen Irrtümer